

BALL stimmt dagegen: Künstler sollen zahlen

Kunstschaffende, oftmals Hobbykünstler, die in der kommunalen Halle ausstellen, sollen zukünftig 30 Euro (pro Ausstellung?) bezahlen. Dies angeblich, um Versicherungskosten von knapp 300 Euro im Jahr zu decken. „Dies ist ein erbärmliches Signal, wie es um die Förderung von Kunst bestellt ist. Die Stadt sollte sich freuen, dass überhaupt Künstler unentgeltlich für die Stadt hier ausstellen“, so BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel. Der BALL-Antrag auf Streichung der Künstlergebühren wurde noch von zwei weiteren Stadtvertretern unterstützt, eine breite Mehrheit beschloss jedoch auch die Künstler abzukassieren.

Ukrainekrieg muss endlich beendet werden !

Seit Monaten bewegt sich die Frontlinie im Krieg Russlands gegen die Ukraine kaum. Von den umkämpften Städten ist inzwischen kaum mehr als Schutt und Ruinen übrig. Seit zwei Jahren – und schon zuvor seit 2014 – sterben Menschen in der Ukraine, werden verletzt, traumatisiert und müssen fliehen. Auf beiden Seiten gehen die Verluste in die Hunderttausende.

Dieser Krieg muss endlich beendet werden! Es braucht jetzt konkrete Ansätze für Verhandlungen über einen Waffenstillstand und ein Friedensabkommen, damit das Blutvergießen ein Ende findet. Die vielen internationalen Vorschläge für Friedensgespräche müssen endlich aufgegriffen werden. Immer mehr Waffenlieferungen schaffen keinen Frieden und werden die Spirale der Gewalt nicht durchbrechen. Die vergangenen zwei Jahre zeigen, dass dieser Krieg schleunigst politisch beendet werden sollte! Auch in unserem Land nehmen die Erwartungen an die Bundesregierung weiter zu, sie soll endlich die Verhandlungsbereitschaft aller beteiligten Parteien fördern und alle Akteur*innen an den Verhandlungstisch bringen!

Ganztagsbetreuung:

20 Prozent teurer

CDU, FWB, SPD und GRÜNE beschlossen eine deutliche Erhöhung der Elternbeiträge ab 1. August 2024 für die Ganztagsbetreuung. Die BALL-Fraktion sowie ein GRÜNER lehnten dies ab. Die Erhöhungen betragen bei den verschiedenen Betreuungsleistungen 20 %, vereinzelt noch mehr. Das ist für die BALL völlig unakzeptabel und schon mehr als unsozial.

Stadtvertretung beschloss den Haushalt 2024:

4,77 Millionen Euro Defizit geplant

Die Stadtvertretung verabschiedete am 13. Februar den Haushaltsplan für das Jahr 2024. Dieser geht von einem Defizit von 4,77 Mio. Euro aus. Es wurde jede Haushaltsposition umgedreht; um einige Euro einzusparen, es wurden gegen den Widerstand der BALL die Steuern erhöht (s. Artikel auf S. 2), und dennoch ist die Haushaltslage weiterhin desolat. Das Eigenkapital der Stadt, das Ende 2022 bei 6,9 Mio. Euro lag, wäre mit einem solchen Defizit nahezu aufgebraucht.

Wer die politische Verantwortung für die Finanznot auch unserer Stadt hat, darüber möchten die Vertreter von CDU, Grünen und SPD nicht so gerne reden. BALL-Fraktionsvorsitzender Henrik Pünner in seiner Haushaltsrede: „Es waren und sind die verschiedenen Landes- und Bundesregierungen: sie geben den Kommunen nicht die Steueranteile, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Stattdessen: Milliarden an Subventionen und Steuergeschenken an Konzerne, Milliarden für die Hochrüstung – diese Gelder fehlen auch in den Kommunen. Das treibt die Kommunen in die Verschuldung, und“ so Pünner weiter „stellt die Stadtvertretung immer vor die Frage, ob sie Leistungen kürzt oder nur mangelhaft erfüllt oder die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bittet. Eigentlich ist im



Grundgesetz und in der Gemeindeordnung vorgesehen, dass die Gemeinden einen freien Gestaltungsspielraum haben: das ist nur noch sehr begrenzt der Fall. Die kommunale Demokratie ist eingeschränkt.“

Aktuell wird die Finanznot verschärft durch die von der Bundesregierung maßgeblich zu verantwortende Inflation, durch weiterhin hohe Energiepreise, durch hohe Zinsen (Anstieg um 376.000 Euro auf rund 1,2 Mio.) und – statt einer Erhöhung – durch den Rückgang der Landeszusweisungen von 460.000 Euro sowie den Wegfall der Fehlbetragszuweisung des Lan-

des von 1,4 Mio. Euro.

Der BALL-Fraktionsvorsitzende führte an: „Die Liste der Schwachstellen im diesjährigen Haushaltsplan ist lang:

- Es ist nicht akzeptabel, dass es beim Bau von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen nicht vorangeht.
- Während im Vorjahr noch 100.000 Euro an Planungskosten für den Neubau der Stadtbücherei im Haushalt vorgesehen waren, steht in diesem Haushalt bislang nichts. Auch ein solches Spiel auf Zeit ist für uns nicht akzeptabel.
- Die konkreten kommunalen

Klimaschutzmaßnahmen bewegen sich auf sehr bescheidenem Niveau.

- Die Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, die Seniorenarbeit, Hilfen für die Ärmsten oder kulturelle Veranstaltungen sind minimal (so z.B. Fahrtzuschüsse 1,20 Euro pro Kind und Tag).
- Die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten und in der Ganztagsbetreuung sind immer noch viel zu hoch, und wir fordern erneut, dass endlich auch in Schleswig-Holstein die Elternbeiträge abgeschafft werden; zumindest im ersten Schritt wie in Hamburg für fünf Betreuungs-

stunden täglich.

Andererseits sehen wir aber trotz der Finanznot der Stadt auch einige Lichtblicke, für die sich auch die BALL eingesetzt hat:

- Die Arbeitsplätze bei der Stadt und den Stadtwerken wurden abgesichert, und es gab sogar einige leichte Verbesserungen.
- Mit dem neuen Gewerbegebiet im Norden geht es langsam voran.
- Der Neubau der Feuerwache wird mit rund 8 Mio. Euro angegangen, wobei die BALL deutlich kritisiert, dass die Stadt bei der Finanzierung einer solchen wichtigen Einrichtung von Bund und Land nahezu allein gelassen wird.
- Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet ist abgesichert.
- Die Unterhaltung der kommunalen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, der Schulen, Kindertagesstätten und Sporteinrichtungen ist abgesichert.

Wenn die BALL-Fraktion diesem Haushalt trotz der erheblichen Kritik an der unzureichenden Finanzausstattung durch Land und Bund zustimmt, dann nur, damit die genannten positiven Momente umgesetzt werden können und die Verwaltung eine Arbeitsgrundlage hat. Es bleibt die Forderung nach einem Schuldenschnitt für finanzschwache Kommunen, und das Ringen um eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen und somit auch Barmstedts geht weiter.“

Barmstedt, 10. Februar 2024:

Kundgebung gegen Rechtsextremismus

Am 10. Februar fand auch auf dem Barmstedter Marktplatz eine Kundgebung für Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und Solidarität statt – wie in vielen anderen Städten auch. Die Initiatoren hatten das Motto „Barmstedt steht auf gegen Extremismus“ gewählt. Mehr als 500 Teilnehmer*innen aus Barmstedt und dem umliegenden Gemeinden kamen, viele mit Transparenten und Plakaten, auf denen vor dem Rechtsextremismus gewarnt wurde. Auch in den Redebeiträgen sprachen sich unsere Bürgermeisterin, der SPD-Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner, der Bürgervorste-



her, Vertreter der im Rathaus vertretenen Parteien, Vertreter der Kirche und der Sportvereine sowie der Flüchtlingshilfe mit teil-

weise sehr klaren Worten gegen die Gefahren von Rechtsaußen und einen Rechtsruck in unserem Land aus.

Für die BALL sprach der Fraktionsvorsitzende Henrik Pünner. In seiner Rede sagte er u.a.: „Darum ist es gut, dass Barmstedt sich einreihet in die Städte, in denen in den letzten Wochen in ganz Deutschland zahlreiche Demos mit insgesamt drei Millionen Teilnehmenden stattfanden und noch stattfinden werden, um gegen Rechtsextremismus und neonazistische Netzwerke auf die Straße zu gehen. Der Anlass waren und sind die Correctiv-Recherchen, die ein Treffen radikal rechter Kreise mit Extremisten und AfD-Funktionären in Potsdam aufgedeckt hatten, auf dem unter anderem über Depor-

tations- und Vertreibungspläne von Migranten und Menschen mit Einwanderungsgeschichte beraten wurde.

Lasst uns nicht gleichgültig sein! Das hat jetzt sogar die ansonsten als „unpolitisch“ bekannte Schlagersängerin Helene Fischer geschafft, und daher möchte ich meinen kurzen Beitrag auch mit einem Zitat von ihr beenden: „Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt vergiften unsere Gesellschaft. Wir müssen unsere Werte und unsere Demokratie jetzt verteidigen und dürfen das Feld nicht den Antidemokraten überlassen.“ „Tut das Richtige, geht zur Wahl! Für die Demokratie und gegen die Extremisten.“

Die ganze Rede ist nachzulesen unter www.ball-barmstedt.de

Stadtbücherei: Alles wieder von vorne

Einhalb Jahre ist es her, seit die Stadtvertretung mehrheitlich einen Neubau für die Stadtbücherei am Wischhof beschlossen hatte. Die BALL wollte den Neubau mit dem Bau von bezahlbaren Wohnungen verbinden. Wenn der Beschluss der Stadtvertretung zeitnah umgesetzt worden



wäre, hätten wir in Kürze die Fertigstellung feiern können. Es passierte jedoch nichts, und jetzt machten CDU und FWB den Beschluss gegen den geschlossenen Widerstand von BALL, SPD und GRÜNEN rückgängig.

Nun soll es wieder von vorne losgehen: Erweiterung des jetzigen Gebäudes oder Anmietung von Räumen im Gebäudekomplex von Rathjens am Markt (was ursprünglich von allen favorisiert war) oder doch ein Neubau am Wischhof oder anderswo oder letztlich nichts? Ursprünglich waren im Haushalt nicht einmal Planungskosten vorgesehen, was nach Kritik der BALL wenigstens noch geregelt wurde.

Neue Kindertages- stätte im Norden

Die Stadtvertretung beschloss die mit dem Träger ausgehandelten Sanierungsmaßnahmen in der Kita Bahnhofstrasse, damit endlich die Arbeitsschutzauflagen eingehalten und bessere Sozialräume geschaffen werden können. Einer Vergrößerung der Kita um eine weitere Gruppe wurde nicht zugestimmt. Die BALL hält es nicht für sinnvoll, an den bestehenden, schon sehr großen Kitas – so auch bei der AWO – mit Millionenbeträgen weitere Anbauten vorzunehmen. BALL-Fraktionsvorsitzender Henrik Pünner sprach sich dafür aus, zeitnah eine neue Kindertagesstätte im Norden der Stadt anzugehen, um den zukünftigen Bedarf zu decken und auch die zu erwartenden Änderungen in der Kita-Gesetzgebung zu berücksichtigen. Diese Kita sollte – wie beim Bau an der Dusterlohe – von der Stadt gebaut werden, damit die Vertragsverhältnisse einfach und klar sind. Auch Vertreter anderer Fraktionen sprachen sich in diesem Sinne aus.

In der Stadtvertretung abstimmen bis es klappt:

CDU und FWB geschlossen für Steuererhöhungen

Bereits in der Sitzung der Stadtvertretung am 13. Dezember 2023 versuchten CDU und FWB mit Unterstützung durch einzelne GRÜNE und SPD-Vertreter die Grundsteuern zu erhöhen, um das Loch im städtischen Haushalt zu stopfen. Die BALL-Fraktion sprach sich entschieden dagegen aus, Mieter, kleine Hausbesitzer und Landwirte stärker zur Kasse zu bitten. Die Erhöhung scheiterte, da CDU und FWB nicht vollständig anwesend waren. Dann, unglaublich: Auf einer Sondersitzung zwischen Weihnachten und Neujahr am 27. Dezember wurde ein zweites Mal abgestimmt, und jetzt setzten CDU und FWB mit Unterstützung durch einzelne



GRÜNE und SPD die Steuererhöhungen durch. Die BALL-Fraktion lehnte die Steuererhöhungen geschlossen ab. Somit werden über die Erhöhung der Grundsteuer B auf 455 Punkte rund 114.564 Euro auf Mieter und Hausbesitzer umgelegt, die Landwirte werden mit zusätzlichen 3.784 Euro zur Kasse gebeten, und durch die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 390 Punkte sollen weitere 82.605,00 Euro eingenommen werden.

Durch die Steuererhöhungen kassiert die Stadt insgesamt zusätzlich rund 200.000 Euro von der Bevölkerung ab. Die BALL blieb bei ihrer im Kommunalwahlprogramm angeführten grundsätzlichen Position: Die Finanznot der Städte, so auch in Barmstedt, darf nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Selbst mit den Steuererhöhungen bleibt das Haushaltsloch in 2024 voraussichtlich bei rund 5 Mio. Euro (s. o.). Dass auch die für den Erhalt ihrer Existenz protestierenden Landwirte zusätzlich abkassiert werden, zeigt, dass CDU und FWB nicht über den Tellerrand schauen.

Schon nicht mehr amüsant ist, dass eine Abstimmung, die

nicht im Sinne von CDU und FWB ausgegangen ist, zum dritten Mal wiederholt wird: Die Benennung einer Straße im Gedenken an den antifaschistischen Barmstedter Bürgermeister Johannes Pyterrek, der Beschluss für den Neubau der Stadtbücherei auf dem Wischhofgelände – jeweils wurde erneut abgestimmt. Das wirft kein gutes Licht auf das Demokratieverständnis. Wenn die Stadtvertretung beschlussfähig ist, zählen die Abstimmungsergebnisse. Es gibt keine „knappen“ Ergebnisse, und wenn etwas beschlossen wurde, ist dieses auch zeitnah umzusetzen.

Das Kindergeld muss steigen:

Sozialverbände fordern mehr Kindergeld

Kinder- und Jugendarmut sind eines der größten Probleme in unserem Land. Jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht bzw. betroffen. Kinderarmut ist auch Einkommensarmut der Eltern.

Die Kinder reicher Menschen werden sehr viel stärker gefördert als die aus ärmeren Haushalten. Nach den Wünschen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) soll der Abstand aber noch größer werden. Während es seit Anfang 2023 für jedes Kind aus den einkommensschwachen Familien 250 Euro monatlich Kindergeld gibt, kommt bei den Wohlhabenden zusätzlich der Steuerfreibetrag für Kinder zum Zuge.



Den Kinderfreibetrag will die FDP nun deutlich erhöhen, während das Kindergeld bei 250 Euro verharren soll. Statt bisher 6.024 Euro sollen rückwirkend zum 1. Januar im Jahressteuer-

bescheid 6.612 Euro Kinderfreibetrag gelten. Dazu kommt noch ein Freibetrag für Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf in Höhe von 2.928 Euro. Insgesamt würde eine wohlha-

bende Familie durch die Erhöhung des Kinderfreibetrags pro Kind und Jahr um 9.540 Euro bei der Steuer entlastet. Damit bewertet der Bundesfinanzminister die Aufwendungen für Kinder aus reichen Familien mehr als zwei Drittel höher als bei den weniger Wohlhabenden, denn zwölfmal 250 Euro sind und bleiben bescheidene 3.000 Euro jährliche Kindergeldzahlung an Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen.

Vertreter verschiedener Sozialverbände fordern jetzt eine Erhöhung des Kindergeldes, um die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter zu öffnen. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, forderte eine Erhöhung des Kindergeldes auf zunächst 300 Euro und perspektivisch 377 Euro. Es sei ungerecht, wenn Spitzenverdiener noch stärker entlastet würden, „während Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen leer ausgehen“. Auch die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, wies auf die Ungerechtigkeit hin. Jedes Kind in der Bundesrepublik müsse dem Staat gleich viel wert sein, ergänzte die Vorstandsvorsitzende des Sozialverbands Deutschland, Michaela Engelmeier.

Die aktuellen Krisen und die damit einhergehenden Preissteigerungen verschärfen die Situation der einkommensschwachen Familien weiter. Die Vermeidung von Kinder- und Jugendarmut muss daher gerade jetzt politischen Vorrang haben.

Zentralklinikneubau im Kreis Pinneberg:

Krankenhäusern geht die Puste aus

Nach Einschätzung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) werden 2024 so viele Kliniken in Deutschland in die Zahlungsunfähigkeit rutschen wie nie zuvor. „Wir verzeichnen aktuell deutlich mehr Insolvenzen“, sagte Verbandschef Gerald Gaß unter Verweis auf das aktuelle Krankenhaus-Barometer. 2023 habe es knapp 40 Klinikschließungen gegeben. Fast vier von fünf Häusern schreiben aktuell rote Zahlen. „Für 2024 laufen wir Gefahr, dass sich diese Zahl noch verdoppelt.“

Während 2022 rund die Hälfte der Kliniken (54 Prozent) ein negatives Jahresergebnis auswiesen, stieg dieser Anteil laut Krankenhaus-Barometer in 2023 auf mehr als drei Viertel (78 Prozent). Für das Jahr 2024 gehen laut Umfrage 71 Prozent der Krankenhäuser von einer weiteren Verschlechterung aus. Die Häuser machen Verluste, ob-



wohl sie gebraucht werden, und nach wie vor schaut die Bundesregierung dem Krankenhaussterben zu. Der Inflationsausgleich, den die Krankenhäuser seit langem fordern, ist noch immer nicht in Aussicht. Das Bündnis *Klinikrettung* kritisiert, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach (SPD) den Kahlschlag bewusst geschehen lässt. Lauterbach hat im Bundesrat öffentlichkeitswirksam behauptet, dass kein anderes europäisches Land „so viel Geld für seine Krankenhäuser“ ausbebe wie Deutschland. Tatsächlich lag Deutschland 2021 laut der europäischen Statistikbehörde mit Ausgaben von 1.511 Euro

pro Einwohner für die Kliniken im Mittelfeld. Die Schweiz gebe mehr als 3.200 Euro pro Kopf aus, auch die Niederlande, Österreich, Frankreich, Dänemark und Schweden statteten ihre Krankenhäuser üppiger aus.

Im Jahr 2009 hat die SANA AG die „Regio-Kliniken“ des Kreises Pinneberg gekauft. Der Sana-

Konzern gehört den profitorientierten privaten Krankenversicherungen DKV, Signal-Iduna, Allianz und Debeka mit bundesweit 52 Krankenhäusern und 32.000 Beschäftigten. Der Verkauf der Krankenhäuser des Kreises, also die Privatisierung, ging nicht ohne Widerspruch über die „Bühne“. Ein angestrebtes Bürgerbegehren hatte damals nur mit wenigen Unterschriften die Zulassung verfehlt.

Zurzeit will die Sana AG die Kliniken Elmshorn und Pinneberg schließen und als Ersatz ein neues Zentralkrankenhaus im Norden Pinnebergs bauen. Der Kreis Pinneberg und die Sana AG haben im März 2023 einen Standort in Pinneberg am Ossenpadd zugestimmt. Geplant ist, ab 2028 mit dem Neubau zu beginnen.

Die CDU/Grüne-Landesregierung SH unterstützt bisher das Vorhaben im Kreis Pinneberg eine Zentralklinik zu bauen. Ob aber bei der aktuellen „Finanznot“ im Landeshaushalt die Fördergelder für den Neubau im geplanten Umfang fließen werden, ist wohl mit einem Fragezeichen zu versehen.